

Inge Gräßle (EVP/CDU): Wiedereinziehung unrechtmäßig gezahlter EU-Fördermitteln vereinheitlichen und vereinfachen

Auf Probleme und unterschiedliche Vorgehensweisen von Kommission und Mitgliedsstaaten bei der Wiedereinziehung unrechtmäßig gezahlter EU-Mittel macht die Haushaltssprecherin der EVP-Fraktion, Inge Gräßle (CDU) aufmerksam. "Es fehlt an einheitlichen Standards und an der Gleichbehandlung der Subventionsempfänger in den Mitgliedsstaaten", stellt Gräßle fest. "Die Einziehungsquote im Agrarbereich von 1971 bis 2002 betrug lediglich 17 % der einzuziehenden Gesamtsumme", so Gräßle. "Unberechtigt ausgezahlte Beträge werden oft erst nach Jahren als solche eingestuft und - wenn überhaupt – zur Einziehung vorgesehen. Die Mitgliedstaaten müssen auf ein einheitliches Vorgehen verpflichtet werden", so die Europaabgeordnete. "Manche Länder warten erst das Ergebnis eines Strafverfahrens ab und gehen danach zivilrechtlich vor, obwohl beides parallel stattfinden könnte. So können Vermögenswerte verschwinden, Unternehmen werden aufgelöst, einzelne Begünstigte sind nicht mehr auffindbar – und der Steuerzahler hat das Nachsehen". Gräßle zitiert das Beispiel einer Agrarbeihilfe an griechische Bauern in Höhe von 8,3 Millionen Euro. Die 1990 erfolgte Auszahlung wurde erst 6 Jahre später vom zuständigen Landwirtschaftsministerium als ungerechtfertigt eingestuft. Trotzdem fand eine Wiedereinziehung bis 2004 nicht statt. Fast 82 Mio. Euro an unrechtmäßig ausgezahlten EU-Mitteln stehen für das abgelaufene Haushaltsjahr 2005 zur Wiedereinziehung an. "Je kleiner die Summe, desto größer der Aufwand. Während im Agrarbereich für das Jahr 2005 praktisch alle Verfahren mit durchschnittlich 1,4 Mio. Euro Wiedereinzug – bis auf einen Fall - abgeschlossen wurden, bleiben bei den Bildungsprogrammen mit durchschnittlich 20.000 Euro Wiedereinzug pro Fall noch mehr als die Hälfte aller Fälle zu erledigen", so Gräßle. Bei der

Generaldirektion Entwicklung der EU sind aus dem Jahr 2005 noch rund 30% der einzuziehenden Forderungen mit durchschnittlich 17.000 Euro pro Fall offen, bei der Generaldirektion Kommunikation 10% (bei durchschnittlich 35.000 Euro). "'Peanuts', Kleinbeträge, die man einfach in den Wind schreibt, um mühsame Verfahren zu umgehen, darf es bei Steuergeldern nicht geben: die Wiedereinzahlung auch von kleinen Summen muss gemacht werden", erwartet Gräble, um zu zeigen, "dass Fördervorschriften von den Antragstellern ernst genommen werden müssen und falsche Angaben Konsequenzen haben". Die Europaabgeordnete setzt sich neben einer Standardisierung der Einzugsbedingungen quer durch alle Generaldirektionen auch für eine größere Aufmerksamkeit der Kommission gegenüber der Wiedereinzahlung ein: Ihre Reformvorschläge für eine verbesserte Haushaltsordnung sehen eine intensivere Nutzung von Zahlungsfristen mit Verzugszinsen durch die Kommission vor, eine regelmäßige Berichterstattung an das Parlament über offene Rückforderungen sowie die automatische Benachrichtung von OLAF bei festgestellten Unregelmäßigkeiten.